



Parkende PKW – kein Durchkommen auf Ehrenfelder Gehwegen

In die Enge getrieben

Gehwege sind für Fußgänger da.
Die Stadt sieht das offenbar anders

Zu Jahresbeginn wurden in Ehrenfeld Flyer an zahlreichen Autos angebracht. Es waren Hinweiszettel im Layout der Stadt Köln; Farbe, Logo und Schriftart stimmten – nur waren die Blättchen gar nicht von der Stadt. Diese kündigte daraufhin umgehend »rechtliche Schritte gegen den unbekanntem Verfasser« an und erklärte: »Die Aufforderung muss nicht beachtet werden!« Das ist erstaunlich. Denn was auf den Zetteln steht, ist eigentlich sachlich richtig.

Die anonyme Kampagne verweist auf einen Beschluss der Bezirksvertretung (BV) Ehrenfeld vom 7. November 2016. Darin heißt es, dass »auf allen Ehrenfelder Gehwegen unverzüglich eine barrierefreie Mobilität gewährleistet werden« soll. Eltern mit Kinderwagen, aber auch Menschen mit Rollator oder im Rollstuhl sollen problemlos durchkommen. Grüne und Deine Freunde in Ehrenfeld haben daher eine sogenannte »Mindest-Duldungsbreite« von zwei Metern für die Ehrenfelder Gehwege gefordert. Dabei beziehen sie sich auf wissenschaftliche Studien und geltende DIN-Normen. Und auch das ist eigentlich schon ein Kompromiss: Die Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen (EFA) von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen rechnet mit drei Metern Gehwegbreite. Der Antrag wurde bei Enthaltung

von SPD, Linke, FDP und Piraten, einstimmig beschlossen – und ist damit bereits seit mehreren Monaten rechtskräftig.

Doch auf Ehrenfelds Straßen wird der Beschluss anscheinend nicht umgesetzt. Ute Symanski von Deine Freunde berichtet, wie sie immer wieder Mitarbeiter des Ordnungsamtes darauf hingewiesen habe, wenn parkende Autos Fußgänger behinderten. Doch die Hilfspolizisten hätten gar nicht das Problem erkannt, sondern eher Verständnis für die Falschparker gezeigt. »Einer sagte mir, es sei ja so schwer für Autofahrer einen Parkplatz zu finden«, erzählt Symanski. »Dabei war das nächste Parkhaus nur 50 Meter weiter.« Auf den Hinweiszetteln jedenfalls heißt es: »Durch den Beschluss ist das Amt für öffentliche Ordnung angehalten, für die Barrierefreiheit Sorge zu tragen« – hinter der Parodie auf die bürokratische Floskel steckt auch die Forderung, dass sich das Ordnungsamt endlich kümmern soll.

Dort verweist man darauf, dass die politische Diskussion zur Parksituation in Ehrenfeld noch nicht abgeschlossen sei. »Ich bitte um Verständnis, dass das Amt für öffentliche Ordnung daher keine Stellungnahme zu dieser Thematik abgeben kann«, teilt Sprecher Heribert Büth auf Anfrage schriftlich mit.

Deine Freunde haben dafür kein Verständnis. Ute Symanski kündigt an, dass ihre Fraktion, einen gleichlautenden Antrag in der BV Innenstadt stellen wird. Dort hat man bereits die SPD als Partner gefunden. Gut möglich, dass sich die Grünen anschließen.

Auch andere Bezirkspolitiker sind längst hellhörig. Roland Schüler (Grüne) ist stellvertretender Bezirksbürgermeister in Lindenthal. Auch sein Stadtbezirk leide unter den rücksichtslos parkenden Autofahrern, betont er. Die Grünen in Lindenthal hatten bereits Mitte vergangenen Jahres Autofahrer, die auf Gehsteigen parkten, mit Flugblättern auf ihre Rücksichtslosigkeit hingewiesen – allerdings mit Parteilogo, nicht anonym, wie Schüler betont.

Er bestätigt, was Ute Symanski in Ehrenfeld erfahren hat: Die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer werde zwar häufig in Sonntagsreden beschworen, sei im Alltag jedoch nicht vorhanden: »Es muss sich auch das Bewusstsein ändern, und das erkenne ich bislang nicht – auch nicht beim Ordnungsamt.«

Für Schüler ist es bezeichnend, dass die Stadt nicht auf den Inhalt der gefälschten Zettel eingeht, der ja den Beschluss der Bezirksvertretung korrekt wiedergibt. »Stattdessen werden Autofahrer sogar noch aufgefordert, sich nicht an den Hinweis zu halten«, sagt Schüler. »Man hätte auch sagen können: Die Zettel sind nicht von uns, aber danke, dass hier jemand die Arbeit macht, die wir nicht leisten.«

Text: Jan Lücke, Bernd Wilberg
Foto: Dörthe Boxberg

Druck im Kessel

Die Polizei hat Menschen stundenlang in der Kälte festgesetzt. Durfte sie das?

Das Plenum in der Alten Feuerwache ist gut besucht. Rund 70 Personen sitzen auf den Stühlen und Tischen. Die Luft ist dick, die Redeliste lang. Von Pferden ist die Rede, von Lautsprecherdurchsagen, die unverständlich waren. Immer wieder fällt das Wort »Kessel«.

Was war passiert? Am 7. Januar hatte die rechtsextreme Kleinstgruppierung Pro NRW eine Demo in der Kölner Innenstadt angemeldet. Pro-NRW-Chef Markus Beisicht und die Aktivistin Ester Seitz haben nur rund 80 Menschen nach Köln locken können – darunter die üblichen Verdächtigen: den Betreiber eines »islamkritischen« Blogs, »besorgte Bürger« aus dem Ruhrgebiet oder dem Westerwald.

Ein Bündnis aus Parteien und antifaschistischen Gruppen hatte eine Gegenkundgebung am Bahnhof angemeldet. Vor St. Aposteln am Pastor-Könn-Platz kam es dann gegen 15 Uhr zu einer Sitzblockade auf der Demonstrationsroute. Die Polizei löste sie schnell mit Pferden auf. Schließlich wurden die Teilnehmer der Blockade von der Polizei vor der Kirche festgehalten. »Meiner Tochter wurde von einem Pferd auf den Fuß getreten«, erzählt Kirsten Schulte*. Gegen vier Uhr nachmittags sei sie an der Apostelstraße eingetroffen und wollte ihre 15-jährige Tochter ins Krankenhaus fahren. Die Polizei teilte ihr dann mit, dass Schultes Tochter den Platz vor der Apostelkirche nicht verlassen dürfe. Also ging Schulte hinter die Polizeiabsperrung. Drei Stunden harpte sie dort aus, bevor sie und ihre Tochter ins Krankenhaus fahren konnten, wo ein gequetschter und geprellter Fuß diagnostiziert wurden. Die Demo von Pro NRW war zu diesem Zeitpunkt längst vorbei. In Absprache mit der Polizei hatten die Rechtsextremen eine Alternativroute zurück zum Bahnhof gewählt.

Schulte ist kein Einzelfall. 195 Menschen mussten an diesem Samstag mehrere Stunden bei Temperaturen um den Gefrierpunkt am Pastor-Könn-Platz ausharren, bis ihre Personalien aufge-